

Erstirnt in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; im
Folge, Sachsen und Herzogth. Sachsen-
Weimar auch auf den 12. Monat
bei Quartals 4 54 Pf.
Inserate
letz. Verkündigungen pr. Zeile 10 Pf.,
letz. Verkündigungen pr. Seite 20
Zeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: Soc.-dem. Genossen-
schaftsbücherei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: E. Doh, 630 North
3rd Street.
J. Wolf, 1199 Charlotte Str.
Boston N. J.: J. H. Gorge, 315 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Baeremann, 74 Clybourn Ave.
San Francisco: J. Eng, 416 O'Farrell Str.
London W.: G. Dreyer, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 93.

Freitag, 9. August.

1878.

Zu den Reichstagswahlen.

Wir halten es angesichts des gezeigten Opfermuthes der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei den am 30. Juli stattgehabten Reichstagswahlen für überflüssig, noch besonders unsere Freunde und Parteigenossen zu den noch bevorstehenden Stichwahlen anzufeuern.

Jeder thut seine Schuldigkeit — das wissen wir. Heute wollen wir verschiedene Urtheile aus der gegnerischen Presse mittheilen, welche unsere Leser über die augenblicklich herrschende Stimmung im antisozialistischen Lager informieren sollen. Voran die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung“, welche Feuer und Flamme über ihren sonst so hochgeachteten Fürsten Bismarck speit. Das Blatt schreibt nämlich wörtlich:

„Der Kampf gegen die liberalen Parteien ist von den Organen der Regierung und der ihnen zur Disposition stehenden Presse mit größter Schonungslosigkeit geführt worden. Es ist daher auch nur natürlich, wenn die Liberalen mit erhöhtem Muth in das Parlament eintreten, da sie alle ihre Opferfreudigkeit für den Ausbau des deutschen Reiches so schlecht belohnt sahen. Wird die Regierung Selbstüberwindung genug besitzen, ihren begangenen Irrthum einzusehen und ihren Frieden wieder mit der nationalliberalen Partei zu schließen, oder wird sie eine Anlehnung an die Parteien der Rechten und das Centrum, ohne dessen Beistand sie gar nichts gegen den Willen der Liberalen durchzusetzen im Stande ist, zu gewinnen suchen? Noch läßt sich diese Frage nicht mit Sicherheit beantworten, aber sollte es ein bloßer Zufall sein, daß gerade in dem gegenwärtigen Augenblick der päpstliche Nuntius Rasella in München mit dem Fürsten Bismarck in Riffingen offiziell unterhandelt und sich von dem deutschen Reichskanzler besonderer Aufmerksamkeit zu erfreuen hat! Ganz gewiß nicht. Fürst Bismarck versucht, um Herr der Situation im Parlamente zu werden und den bisherigen Widerstand gegen seine Steuer- und anderweitigen Pläne brechen zu können, mit dem Centrum zu einem Ausgleich zu gelangen. Daß dieser ohne einige Zugeständnisse nicht zu erreichen ist, steht von vornherein fest. Wie weit die Forderungen Roms gehen und wie weit der Begründer des deutschen Reiches es mit seiner historischen Aufgabe verträglich halten wird, ihnen zu willfahren, mit andern Worten, ob der Ausgleich zu Stande kommen und ob er dem Fürsten Bismarck die erhofften Vortheile im Parlament, selbst wenn er zu Stande kommt, wirklich einbringen wird, weiß bis jetzt mit Sicherheit Niemand. Immerhin aber werden wir Liberalen durch diese politische Lage mehr denn je zur Vorsicht und Wachsamkeit aufgefordert. Wir dürfen in dem uns umgebenden Kampfe nicht erlahmen und müssen mehr denn je eng zusammenstehen, damit die Gefahren abgewandt werden, welche heute unser deutsches Vaterland zu bedrohen scheinen.“

Wenn uns jemals etwas mit besonderer Freude und Genugthuung erfüllt hat, so ist es dieser Schmerzensschrei der „Magdeburgischen Zeitung“. Alles, was wir hundertmal erklärt haben, trifft jetzt zu. „Der Fürst Bismarck den Nationalliberalen, daß ihn nur dieser Grund bei allen seinen politischen Manövern leitet. Deshalb ist ihm auch jegliches Mittel recht, die Liberalen an die Wand zu drücken — selbst das Bündniß mit Rom!“

Und komisch, ja lächerlich komisch ist es, wenn jetzt die Nationalliberalen das Volk aufrufen, fest zusammenzustehen, um die Gefahren abzuwenden, welche Bismarck über das deutsche Vaterland zu bringen scheint.

Diese selben Nationalliberalen, welche ihrem natürlichen Gegner, dem konservativen Herrn von Bismarck, alle diejenigen Machtmittel in die Hand gegeben haben, um sie, die Liberalen, vernichten zu können.

Wir fragen die „Magdeburgische Zeitung“ einfach: „Verdient nicht derjenige, welcher seinem Feinde das Schwert in die Hand drückt, daß er getödtet werde durch eben dieses Schwert?“

Antwort, Ihr liberalen Feiglinge! Hören wir zunächst ein anderes nationalliberales Lamento, welches wir dem leitenden Blatte dieser Partei, der „Nationalliberalen Correspondenz“ entnehmen:

„Der Gewinn, den die beiden konservativen Parteien bei den Wahlen gemacht haben, läßt sich jetzt ungefähr überschauen undifferenziert ausdrücken. Er beträgt, wenn man die Chancen für die Stichwahlen, an denen die Konservativen theilgenommen, ihnen besser anrechnet, als sie in Wirklichkeit sind, gegen 30 Abgeordnete. Die Gesamtzahl der beiden Fraktionen im Reichstage, welche bisher 70 betrug, würde also auf circa 100 steigen. Damit läßt sich natürlich noch keine Majorität bilden, es fehlen daran gerade noch einmal 100 Stimmen. Diese würde freilich das Centrum mit seinen Verbündeten liefern können, aber bekanntermaßen besteht nicht das ganze Centrum aus den „konservativen Elementen“, deren Hälfte die „Kreuzzeitung“ anruft, und was nun gar die Verbündeten betrifft, so werden die polnischen, welfischen, elbisch-löhringischen Partikularisten ihre eigenen Wege gehen, sobald nur die Ultramontanen Riese machen, sich mit der Regierung zu verständigen. Denn diese Regierung — immer vorausgesetzt, daß sie eine nationale ist — kann weder in Preußen noch im Reich die Gelassenheit der genannten partikularistischen Gruppen Genüge thun. Ohne diese Gruppen aber ist nun einmal, wenn man von dem Bestande der Liberalen gänzlich absehen wollte, keine Mehrheit möglich, auch wenn das Centrum in corpore zum Regierungslager überginge. Diejenigen, welche den Reichskanzler der ernstlichen Absicht eines Compromisses mit den Ultramontanen zur Niederdrückung der Liberalen für fähig halten, imputirten ihm daher schon den Gedanken, nach geschehener Auflösung mit Rom und

der Vereinigung aller „konservativen Elemente“, noch einmal den Reichstag aufzulösen und in wiederholten Neuwahlen die gesuchte Mehrheit zu erstreben. Wir wissen nicht, ob dieser Gedanke besteht und ob er ausgeführt werden wird. Aber das ist sicher, auch die zweite Auflösung wird den erwarteten Erfolg nicht haben. Wo der Liberalismus unter dem heißen Ansturm der letzten Wochen, unmittelbar nach der allgemeinen Betäubung, die durch das zweite Attentat in der Bevölkerung hervorgerufen worden war und welche die Konservativen so rücksichtslos und (im höheren Sinne des Wortes) unpolitisch auszunutzen sich nicht scheuten, die Feuerprobe bestanden hat, da ist er auch für die Dauer gesichert, und in sehr vielen Wahlkreisen, die in Folge der diesmaligen Umstände den liberalen Parteien verloren gegangen sind, resp. für sie nicht gewonnen werden konnten, dürften sich bei weiterer Klärung der Ansichten mit jeder Woche die Aussichten für die liberale und nationale Sache erheblich stärken. Wir meinen daher, daß man in Regierungskreisen die etwaige Idee einer zweiten Auflösung doch lieber bei Seite legen wird.“

Furcht vor einer nochmaligen Auflösung des Reichstags — das ist somit die Signatur der hochmuthigen nationalliberalen Partei! Anstatt dem Reichskanzler energisch in's Gesicht zu schauen, demüthigt sich das liberale Gesindel schon sofort, ehe nur das Gesamtergebnis der Wahlen genau bekannt geworden ist. Diese Feigheit wird Fürst Bismarck sich zu Nuzen machen, und so gehört eine nochmalige Auflösung des Reichstags wahrlich nicht zu den Unmöglichkeiten; und diese Maßregel erfolgt, um die liberalen Feiglinge noch feiger zu machen.

Und kann's recht sein! Nun kommen wir zu unserer speziellen „Freundin“, der „Frankfurter (demokratischen) Zeitung“. Dieses Blatt bringt einen längeren Leitartikel, in welchem es die Taktik der sogenannten Volkspartei, von deren Existenz nur sehr wenige Menschen in Deutschland, respektive lediglich die Leser der „Frankfurter Zeitung“ eine Ahnung haben, zu rechtfertigen und die polizeilichen Verfolgungen, welche jene Partei erleiden mußte, zu „constatiren“ sucht.

Hören wir, wie das Blatt über den Ausfall der Wahlen in Württemberg sich äußert:

„Kommen wir nun zum Regierungsdruck. Es könnte auffallend erscheinen, daß gerade die württembergische Regierung es ist, die in diesem Punkte eine keineswegs beneidenswerthe Auszeichnung sich erworben hat. Der Scheinconstitucionalismus hat sich eben auch schon am Neckar eingeknistet und vor Allem scheint auch in Stuttgart die Sack heimlich geworden zu sein, unter allen Umständen auf dem Ministerstuhle zu verbleiben. Man weiß, daß König Karl in seiner Antwort auf die Eingabe des Stuttgarter deutsch-konservativen Vereins für alles vergangene und noch kommende Unheil die „Demokraten“ verantwortlich machte. Das war offenbar, — ob absichtlich oder nicht, kann natürlich nicht festgestellt werden — eine Verwechslung mit der Sozialdemokratie; allein da die Minister nichts von der königlichen Antwort wußten, die ohne Gegenzeichnung geschrieben war, so konnte es ihnen selbstverständlich auch nicht einfallen, die Verwechslung zu rektifiziren. Dagegen war es ihre Sache, zu beweisen, daß sie nicht bloß über Sozialdemokraten, sondern auch über Demokraten Herr werden könnten; denn wenn dem König Karl darüber Zweifel aufsteigen würden, so wären sie ja die längste Zeit Minister gewesen. Nur so ist es erklärlich, daß das Ministerium nicht bloß die freikonservativen Beamtenkandidaten ergriff unterführte, von denen anzunehmen war, daß sie zwar der Reichsregierung jeden reaktionären Willen thun, in partikularistischen Dingen sich jedoch immer nach Stuttgart richten würden, sondern daß die Regierung auch energisch für jenen Ray Römer eintrat, der sie einst bei der preussischen Regierung verstoßte, und der dafür im Reichsparlament vom Minister Mittnacht selbst so böse heimgeschickt wurde. Heute wandeln Beide Arm in Arm. Man kennt die Stuttgarter Reizepte zur Beeinflussung der Wahlen. Sie thaten ihre Wirkung bis zum letzten Briefboten und bis zum lebenslänglichen Schultheiß, der im Gefühl seiner patriarchalischen Würde, nicht ahnend, wer hinter ihm stand, in den letzten Tagen den volksparteilichen Candidaten ihre Volksversammlungen auszuschließen verbot. Die Stuttgarter Minister haben offenbar das württembergische Vaterland gerettet; auf wie lange, das mögen die Herren abwarten.“

Also nur aus Irrthum, aus Verwechslung mit der Sozialdemokratie, und weil die Minister den königlichen Irrthum nicht rektifiziren durften — ist die „Demokratie“ (die „Frankfurter Zeitung“ hat in richtiger Selbsterkenntniß die Gänsefüßchen selbst schon besorgt) verfolgt worden. Und welche Verfolgung!!! Ein paar Versammlungen durften nicht ausgeschlossen werden. Sonst hat man von Verfolgungen der unschuldigen „Demokratie“ nicht viel gehört, und auch die „Schlacht- und Triumphberichte“ des Herrn Otto Götz, die er aus Württemberg vor der Wahl der „Frankfurter Zeitung“ höchst eigenhändigst eingeliefert hat, deuten keine Verfolgungen, sondern vielmehr die Unterdrückung der „demokratischen“ Candidaten seitens der Ortsbehörden und Bourgeois an.

Doch nun zu einigen erquicklicheren Berichten. Die „Dresdener Correspondenz“ schreibt:

„Wie die Dinge wirklich sind, weiß Niemand. Man kann nur darüber reden, wie sie aussehen. Diese triviale Wahrheit wird uns durch das Verhalten der liberalen Blätter einerseits und der dortigen Offiziösen andererseits wieder einmal in Erinnerung gebracht. Während die ersteren den Berliner Wahlkampf vom 30. Juli als eine Niederlage der Sozialdemokratie feiern, nehmen die letzteren, namentlich die „Post“, keinen Anstand, die Sozialisten für die Sieger in diesem Ringen zu

erklären. Dieser eklatante Widerspruch, wo es sich um eine hinlänglich bekannte Thatsache handelt, läßt sich offenbar nur aus der Verschiedenheit des Maßstabes erklären, der an diese Thatsache angelegt wird. Wenn man sich mit rein äußerlichen Resultaten begnügen will, wie die Liberalen thun, dann wird man allerdings zugeben müssen, daß die Letzteren gefiegt haben. Geht man der Sache aber näher auf den Grund, wie die „Post“ in diesem Falle zu thun sich bemüht, dann gewinnt die Sache allerdings ein wesentlich verändertes Ansehen. Die Sozialdemokraten sind in Berlin geschlagen worden, aber nicht weil der Abfall in ihren Reihen eingegriffen wäre, sondern lediglich weil die gegnerischen Parteien diesmal eine außerordentliche Kraftanstrengung gemacht haben, von der es sehr zweifelhaft ist, ob sie sich unter weniger günstigen Verhältnissen wiederholen lassen, während die Sozialdemokratie in einer Lage, wie sie schwieriger nicht gedacht werden kann, einen bedeutenden Zuwachs aufzuweisen hat.“

Das nennt man doch noch ein Urtheil. Und nun die „Bosnische Zeitung“:

„Zwar haben diesmal überwältigende Mehrheiten die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bis auf wenige Sitze heruntergebracht, allein bei der Gesamtabwägung der Parteiverhältnisse gegeneinander wird die Sozialdemokratie auf ihre Schaar noch rechnen können, wie sie denselben in den fünf Wahlen seit 1867 in Berlin ein Wachsthum in starken Sprüngen von 69 auf 56,336 Stimmen vorfand. Die vielen der Sozialdemokratie noch offen stehenden Stichwahlen, die anderen, bei denen die Entscheidung von ihr abhängt, lassen erkennen, daß sie durch die Attentate auf den Kaiser weniger als die liberalen Parteien getroffen ist und bei einigem Erfolge des Wahleifers mehr als die verlorenen Mandate zu erlangen vermöchte.“

Sehr kaltes Urtheil, und ein sehr weises! Die Liberalen sind durch Hölle und Nobilität mehr getroffen, als die Sozialdemokraten! Wir freuen uns dessen — die Liberalen haben es verdient, daß sie mit den Kaiserermördern zusammengeworfen worden sind in allen konservativen Provinzen des deutschen Reichs, sie haben es deshalb verdient, weil sie es vorzugsweise waren, die uns der Complicienhaft verdächtigten.

„Wer Anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!“ Und nun zum Schluß.

Sollen wir uns selbst loben? Es ist wahrlich nicht nöthig. In ganz Deutschland hat man das Militär concentriert, um am Wahltag die Sozialdemokraten den Garaus machen zu können. Das arbeitende Volk blieb ruhig, es wollte der deutschen Bourgeoisie den gehofften Sieg nicht so leichten Kaufs lassen, es wollte der Reaction keinen Triumph bereiten.

Aufklärung, Aufklärung, immer weitere Aufklärung ist unsere Parole. Das Volk muß einmüthig erkennen, daß die Bedrückungen der Bourgeoisie und der Reaction aufhören müssen, dann hören dieselben auch auf ohne Barricadenkampf, ohne blutige Revolution.

Und nun die Ausnahmegeetze gegen uns, die sicherlich kommen werden?

Antwort: Die einzelnen Parteigenossen können dadurch getroffen werden, die Gesamtpartei niemals. Ja, noch mehr: Die Ausnahmegeetze sind die Bräde, über welche wir zum Siege schreiten!

Offizielle Wahlergebnisse.

- Berlin: I. Rost 2121, Haenel (fortsch.) 8976, Molke (conf.) 2812, Bierberg (Handwerkerp.) 121, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 193.
II. Baumann 7583, Dr. Fall (conf.) 5020, Klotz (fortsch.) 15,730, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 241, Graf Molke (conf.) 148, Bierberg 77, Stöder (christl.-soz.) 7.
III. Radow 6914, v. Sauten (fortsch.) 12,585, Böllgold (freic.) 1285, Bernsdorff 269, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 230, Bierberg 114.
IV. Frisische 20,224, Zelle (fortsch.) 16,646, Dr. Fall (conf.) 3001, Grüneberg (christl.-soz.) 334, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 311, Bierberg 49.
V. D. Kapell 3615, Zimmermann (fortsch.) 10,285, Schwarzkopff (conf.) 1260, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 182.
VI. Hasenclever 15,690, Stöder (christl.-soz.) 818, Klotz (fortsch.) 20,909, Hoppe 639, v. Schorlemer-Alst (ultr.) 250, Bierberg 31.
Bordheim: Grillenberger 119, Walter (ultr.) 6063, Hohenlohe (freiconf.) 5528, Herz (fortsch.) 728, Ott (deutschconf.) 919.
Kronach: Grillenberger 226, v. Lerchenfeld (freiconf.) 7504, Dr. Franck (ultr.) 5621, Sonnemann 17, Luthardt 16.
Gotha: Bod 3513, v. Hohenlohe (freiconf.) 5344, Müller (lib.) 7480, Windthorst (ultr.) 8.
Bunzlau: Kräcker 36, Dr. Fall (conf.) 4672, v. b. Rede-Bolmerstein (conf.) 1238, Graf Stollberg (ultr.) 740.
Hamburg: I. Weib 10,491, Köring (nat.-lib.) 12,695, Tesdorpf (conf.) 709.
II. Hartmann 12,447, Bauer (nat.-lib.) 13,352.
III. Breutz 6891, Dr. Wolffson (nat.-lib.) 14,983.
Lübeck: Schwarz 1600, Dr. Klugmann (nat.-lib.) 6000.
Bremen: Fried 6300, Roske (nat.-lib.) 14,000.
Hagen: Passelmann 558, Bued (conf.) 8776, Eug. Richter (fortsch.) 8273, Reichenberger (ultr.) 1882.
Bielefeld: Pfannkuch 823, v. Borries-Edendorf (l.) 4126, Marcard (Centr.) 10,600.

Hannau: Frohme 5351, v. Troit (conf.) 4476, Dr. Weigel (n.-l.) 8559.
 Würzburg: Griffenberger 1331, Geiß (Dem.) 448, v. Ju Rhein (ultr.) 5855, Reibert (l.) 3540.
 Augsburg: Roff 1329, Fischer (n.-l.) 6222, Dr. Freitag (ultr.) 12, 201.
 München I: Dr. Hader 1997, Stauffenberg (n.-l.) 6535, Ruppert (ultr.) 5032, Beer 530.
 München II: Kiefer 3252, Westermeyer (ultr.) 13, 404, Schleer (n.-l.) 7557, Bauer 306.
 Landsknecht: Dr. Hader 186, v. Ors (Centr.) 9944, Kessler (l.) 2010.
 Altenburg: Stolle 3652, Findeisen (conf.) 13, 404, Oppenheim (Volksp.) 1433.
 Rottbus: D. Kapell 1242, v. Bärensprung (conf.) 6581, Frommer (fortsch.) 4876.
 Reichenbach-Neurode: Aug. Kapell 2892, Dr. Friedenthal (conf.) 8419, Franz (ultr.) 5361.
 Halberstadt: Dr. Stamm 1906, v. Bernuth (nat.-lib.) 12, 642, v. Blumenthal (conf.) 4448, Schorlemer (ultr.) 296.
 Weissenfels: Liebknecht 2142, v. Wurmb (conf.) 6319, Fintel (fortsch.) 1550, Windthorst (ultr.) 51.
 Frankfurt a. d. O.: Dolinski 1325, v. Schorlemer (ultr.), 157, v. Rosenstiel (conf.) 8617, Strube (n.-l.) 8082.
 Teltow-Beesow-Storow: Schweppendiel 4758, Graf Kollke (conf.) 9866, Wolmer (n.-l.) 6606, Kiepert 2547, Müller 401, v. Schorlemer (ultr.) 111.
 Dortmund: Tölke 2057, Berger (Gruppiert) 17134, Schröder (ultr.) 8775, v. Bodelschwingh 974, Grono (fortsch.) 631.
 Magdeburg: Bracke 6253, Urrub (n.-l.) 12, 173, Graf Kollke (conf.) 617, Rajunte (ultr.) 243, Träger (fortsch.) 4.
 Braunschweig (Stadt): Bracke 6596, Bode (nat.-lib.) 6369, Wollenbüttel: Bracke 819, Kungen 12, 227.
 Hannover: Frijsche 6588, v. Brühl (Part.) 11, 125, Bennigen 6033, Bruenned (conf.) 837, Träger (fortsch.) 210.
 Breslau II: Kräcker 6412, Bürgers 7941.
 Sorau: D. Kapell 2500, Schön (conf.) 5712, Beisert 3119, Graf Brühl (ultr.) 1500, Saalhorn (Christl.-soz.) 900.
 Offenbach: Liebknecht 5557, Dernburg (nat.-lib.) 8014, Wasserburg (ultr.) 3798, Finsch (fortsch.) 882.
 Mainz: Liebknecht 3098, Reuleaux (nat.-lib.) 7293, Roufang (ultr.) 6978, Guido Weiß (Volksp.) 919.
 Barmen-Ebersfeld: Hasselmann 11, 443, Prell (nat.-lib.) 7189, Regybi (fortsch.) 6209, Schorlemer (ultr.) 3057.
 Solingen: Rittinghausen 5077, Melber (n.-l.) 6835.
 3. Schlesw.-Holstein. Wahlkreis: Heinkel 540, Dr. Meyer (fortsch.) 8372, Bodelmann (freiconf.) 4346.
 4. do.: Hasenlever 129, Dr. Wachs (n.-l.) 6192, Blesden (conf.) 1779, Krüger (Däne) 1751, G. Weiß (Volksp.) 139.
 5. do.: Walthert 3206, Hall (n.-l.) 8224, Bärens (Landesp.) 2258, Heintze (conf.) 279.
 6. do. (Dänen): Stöhr 5452, Befeler (n.-l.) 8628, Selig (fortsch.) 4337.
 7. do. (Riel): Didenburg 7160, Kraß 3711, Hänel (fortsch.) 11, 713.
 8. do. (Altona): Praast 11, 662, Karsten (fortsch.) 10, 665, Meier (conf.) 2824.
 9. do.: Reimers 804, Graf. Holstein (fr.-conf.) 11, 962.

In Sachsen:

1. Wahlkreis (Zittau): Freitag 1921, Dr. Krensch (n.-l.) 5596, Graf Stolberg-Brauna (ultr.) 307.
 2. (Zittau): Keller 50, Grünner (conf.) 6928, Fröhlich (n.-l.) 3567.
 3. (Zittau): Keller 864, Reich (conf.) 6603, Dr. Winkwitz (fortsch.) 2811, Graf Stolberg (ultr.) 1488.
 4. (Dresden-Knecht): Liebknecht 7358, von Schwarze (fr.-conf.) 8080.
 5. (Dresden-Alstadt): Bebel 9885, Febr. v. Kriesen (conf.) 7266, Walthert (fortsch.) 5410.
 6. (Dresden-Land): Bollmar 5007, Adermann (conf.) 8088.

7. (Reichen): Rauert 4006, Prof. Richter (conf.) 8619.
 8. (Birma): Peters . . . , Amtshauptm. v. Ehrenstein (conf.) 4016, Ensfeldt (fortsch.) 4123.
 9. (Freiberg): Kaiser 6127, Benzig (n.-l.) 4485, v. Dehlshägel (conf.) 3828.
 10. (Döbeln): Burdhardt 5028, Schaffrath (fortsch.) 6444.
 11. (Burgen): Hablich 1542, Günther (fr.-conf.) 8304, Hirsch (fortsch.) 1432.
 12. (Leipzig-Stadt): Bebel 5822, Dr. Stephani (n.-l.) 11, 940, Dr. Heine (fortsch.) 2361.
 13. (Leipzig-Land): Ramm 11, 253, Diege (conf.) 13, 372.
 14. (Dorna): Geiser 4954, Dr. Frege (conf.) 6828, Zerrmann (n.-l.) 2074.
 15. (Rothweide): Wahlreich 6018, Gensel (n.-l.) 4384, Böttcher (conf.) 4093.
 16. (Chemnitz): Roff 9899, Vopel (n.-l.) 13, 842.
 17. (Glauchau): Bracke 11, 578, Birnbaum (n.-l.) 8650.
 18. (Zwickau): Rotteler 10, 135, Streit (n.-l.) 11, 623.
 19. (Stollberg): Liebknecht 7906, Löwe (fortsch.) 7101.
 20. (Marienberg): Wiemer 4725, Brodhaus (n.-l.) 3084, Rangoldt (conf.) 3650.
 21. (Annaberg): Wiemer 2437, Holzmann (n.-l.) 5412.
 22. (Reichenbach): Auer 7011, Schmiedel (conf.) 4976, Dietel 594, Opitz 1626.
 23. (Plauen): Burdhardt 3747, Landtmann (n.-l.) 4204, Meusel (conf.) 4010, Werner 554.

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Wahlergebnis.** Der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung“ entnehmen wir folgenden vorläufigen, natürlich etwas einseitig gefärbten Wahlbericht:
 Nationalliberal gewählt haben die freien Reichsstädte Bremen, Hamburg und Lübeck, welche 5 Vertreter in den Reichstag entsenden. In der Provinz Hannover tritt diesmal das Welfenthum wieder stärker hervor; im übrigen sind in Hannover gewählt 6 Nationalliberale und 6 Welfen, in 8 Wahlkreisen ist Stichwahl nötig, bei denen 5 Nationalliberale, 4 Welfen, 2 Conservative bzw. Freiconservative und 1 Sozialdemokrat beteiligt sind. Schleswig-Holstein-Lauenburg entsendet 3 Nationalliberale, 2 Conservative, 2 Fortschrittler und 1 Däne; in Altona und Pinneberg findet Stichwahl zwischen 1 Nationalliberalen, 1 Fortschrittler und 2 Sozialdemokraten statt. Günstig für die Conservative lauten die Wahlergebnisse aus der Provinz Preußen. Gewählt wurden 13 Deutschconservative, 2 Freiconservative, 1 Nationalliberaler, 1 Ultramontaner, 1 Pole; zu Stichwahlen kommt es in fünf Kreisen. Pommern hat conservativ gewählt, der einzige Kreis, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist, wird vermutlich den Freiconservativen verbleiben, die Nationalliberalen wurden aus drei Kreisen verdrängt; im Ganzen wählte Pommern 10 Deutschconservative und 2 Freiconservative, nur in Stettin wird der nationalliberale Candidat Th. Schmidt, der mit dem Minister Delbrück in engerer Wahl steht, gewählt werden. Aus der Provinz Brandenburg fehlen noch die Nachrichten aus 4 Kreisen, in denen sich die liberalen und conservativen Candidaten die Waage halten; gewählt sind 6 Fortschrittler, 9 Conservative, 2 Freiconservative; in 5 Wahlkreisen kommt es zu Stichwahlen zwischen 2 Nationalliberalen, 2 Freiconservativen, 2 Conservativen, 3 Fortschrittler und 1 Sozialdemokraten. In Polen sind gewählt 9 Polen, 3 Freiconservative, 1 Conservativer, 1 Nationalliberaler, und in Bromberg kommt es zur Stichwahl zwischen einem Conservativen und einem Polen. In Schlesien ist das Ergebnis von 3 Kreisen noch unbekannt; gewählt wurden bis jetzt 9 Freiconservative, 11 Ultramontane, 2 Nationalliberale und 3 Conservative; an 6 Stichwahlen sind beteiligt 6 Nationalliberale, 3 Conservative, 1 Fortschrittler und 2 Sozialdemokraten. Aus der Provinz Sachsen fehlt nur noch der Wahlkreis Torgau, die übrigen wählten 9 Nationalliberale, 3 Conservative, 4 Freiconservative, 1 Ultramontanen; zur Stichwahl kommt es in zwei Kreisen zwischen 2 Nationalliberalen, 1 Conservativen und 1 Freiconservativen. In Westfalen wurden gewählt 8 Ultramontane,

2 Conservative, 2 Gruppe Löwe-Berger, 1 Liberaler (Süß) und zur Stichwahl kommt es in 4 Kreisen zwischen 7 Liberalen verschiedener Anschauung und 1 Ultramontanen. Die Rheinprovinz wählte 28 Ultramontane, 4 Nationalliberale und 1 Freiconservative; an 3 engeren Wahlen sind beteiligt 3 Nationalliberale, 1 Conservativer und 2 Sozialdemokraten. Die Provinz Hessen-Rhassau wählte 5 Nationalliberale, 2 Fortschrittler, 2 Ultramontane und 1 Freiconservativen. In 4 engeren Wahlen stehen sich gegenüber 4 Nationalliberale, 1 Conservativer, 1 Freiconservativer und 2 Sozialdemokraten. Die beiden Westfalen wählten 1 Conservative, 4 Nationalliberale und 2 Fortschrittler, Oldenburg 2 Nationalliberale und 1 Ultramontanen, Braunschweig 3 Nationalliberale, die kleinen mitteldeutschen Staaten, von denen noch 2 Wahlkreise ausstehen, 10 Nationalliberale, 4 Freiconservative und den Staatsminister A. D. Delbrück. Im Königreiche Sachsen wurden gewählt: 4 Nationalliberale, 3 Sozialdemokraten, 1 Conservativer, 5 Freiconservative und 2 Fortschrittler. In Stichwahlen kommt es in 5 Kreisen zwischen 3 Nationalliberalen, 2 Conservative und 5 Sozialdemokraten. Von 48 bairischen Kreisen stehen noch 9 aus, die jedoch mit etwa 2 Ausnahmen dem Centrum zufallen werden; gewählt wurden bis jetzt 10 Nationalliberale, 23 Ultramontane, 1 Freiconservativer und 2 Fortschrittler (Gruppe Löwe). In 3 Stichwahlen stehen sich gegenüber 3 Nationalliberale, 2 Ultramontane und 1 Demokrat. Im Königreich Württemberg wurden gewählt 9 Freiconservative, 2 Nationalliberale, 3 Ultramontane und 1 Fortschrittler; in 2 engeren Wahlen bekämpfen sich 2 Nationalliberale, 1 Fortschrittler und ein Anhänger der württembergischen Volkspartei. Das Großherzogthum Baden entsendet in den Reichstag 7 Nationalliberale und 3 Ultramontane, in 4 engeren Wahlen bekämpfen sich 4 Nationalliberale, 3 Conservative und 1 Demokrat. Im Großherzogthum Hessen wurden gewählt 5 Nationalliberale und 1 Fortschrittler. In 3 engeren Wahlen stehen sich gegenüber 3 Nationalliberale, 1 Ultramontaner, 1 Fortschrittler und 1 Sozialdemokrat. Elsaß-Lothringen wählte 11 Protestler bezw. Ultramontane, 3 Autonomisten und in einer engeren Stichwahl ringt zum ersten Mal ein Reichstreuer, Kreisdirektor v. Stöckner, mit einem Protestler um das Reichstagsmandat.

— **Wahlprotest.** Eine Versammlung von sozialdemokratischen Vertrauensmännern im sechsten Berliner Reichstagskreise hat beschlossen, wegen der massenhaft vorgekommenen Verstöße gegen das Wahlgesetz und Wahlreglement gegen die Wahl Kloy's bei dem Reichstage Protest zu erheben.

— **Junker Bismarck.** Die „Magdeburger Zeitung“ schreibt: „Der Sohn des Kanzlers ist dem liberalen Abgeordneten Dr. Hammacher unterlegen. Auch unsere lauenburgische Bevölkerung hat gezeigt, daß sie keine Regierungscandidaten, keine Schützlinge der Junker vom Schläge des Herrn v. Schrader und der Landvögte und Genarmen will.“ — Wer hätte noch vor drei Monaten eine solche Sprache in einem liberalen Blatte für möglich gehalten?

— **Das die deutschen Kriegervereine in dem Culturkampf gegen die Sozialisten schon seit langem benutzt werden, ist bekannt; ebenso bekannt ist aber auch, daß sehr viele Mitglieder der Kriegervereine gute Sozialisten sind und ganze Vereine sich durchaus nicht mit Politik befassen. Einen weiteren Beleg dafür bringt die Nr. 31 der „Deutschen Kriegerzeit.“ vom 1. August, wo der Präsident des Kriegervereins der Division Nummer Protest gegen seine Unterschrift auf dem Wahlauftrage der conservativen Partei erhebt. Die Correspondenz lautet:**

„Berlin, den 29. Juli 1878. Ein Flugblatt „An die Conservative der Hauptstadt“, welches vorige Woche erschien, wies unter anderen Unterschriften auch folgende auf: C. Sievert, Baumeister, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Division Nummer.“

So hätte ich ungefähr gezeichnet, wenn ich meine Unterschrift dazu gegeben hätte.
 Ich bin indeß ein entschiedener Segner vom Politiktreiben

Uebersicht der Volksbewegungen im 19. Jahrhundert.

(Fortsetzung.)

IV.

Emporstreben des vierten Standes.

Als im 12. u. 13. Jahrhundert die ritterliche Aristokratie kaum begründet war, so trat das Bürgerthum in einzelnen Städten und Städtebünden als ihr Nebenbuhler auf, mit nur vereinzelten Erfolgen. Es dauerte noch Jahrhunderte, ehe der Bürgerstand sich in größeren Staaten als eine politisch berechtigte Macht geltend machen konnte. Noch ist er nicht überall hierzu gelangt, und schon hebt sich gegen ihn, grade so wie er einst gegen den Ritterstand, sein natürlicher Feind; der vierte Stand schiebt aufwärts sich gleich zu stellen mit dem dritten, und mit ihm gemeinsam die oberen Stände und selbst die fürstliche Gewalt abzuwerfen. Wird auch dies nur eine vorübergehende Zudung sein, wie die städtischen Bewegungen im 13. Jahrhundert, wie die Jacquerie und die Bauernkriege? Wird auch der vierte Stand noch der Jahrhunderte bedürfen zu seiner politischen Bedeutung und Berechtigung wie einst das Bürgerthum? Aber die Bewegung dieser Zeiten ist nicht veranlaßt, wie die genannten, durch vereinzelten Druck und Glend, sondern sie ist die Folge einer allgemeinen Idee. Seit die Theile der Welt sich so nahe gerückt sind, daß man sich überall der Rolle bewußt geworden ist, die der europäische Stamm der übrigen Menschheit gegenüber spielt, hat der Menschenthum eine ganz andere Bedeutung erhalten; die Europäer sind wie eine gemeinsame Aristokratie, die ihre Herrschaft über alle Welttheile breitet, und in dieser Gesellschaft will der unterste Mann als ein Gleicher mitzählen, weil er zu dieser Ausbreitung mehr beigetragen hat als jeder andere; er hat die Menschen dazu geliefert und die Mittel des Handels beschafft. Hier liegt die Berechtigung zu seinen gegenwärtigen Strebungen. Und alle Vergangenheit und Gegenwart haben diesen Strebungen auf der einen Seite die Schwierigkeiten weggeräumt, auf der anderen aber wirkende Kräfte verlichen in einem Maße, das dem Widerstande alle Stützen zerbricht. Seit vielen Jahrhunderten, haben wir gesehen, arbeitete alle Geschichte auf die größere Gleichheit der Menschen und der Verhältnisse hin. Der Waffensattel zerbrach seine eigene Macht in den Kreuzzügen und in den heimlichen Bürgerkriegen der späteren Zeiten. Die geistliche Aristokratie verschwand in den protestantischen Ländern, wo der Geistliche Bürger mit dem Bürger ward. Die Absolutie, die Bedeutung der Rechtsgelehrten, das Bedürfnis geistiger Fähigkeiten für die verwickelteren Geschäfte der neueren Staaten halfen die Gleichmachung der Gesellschaft zu fördern. Die veränderte Kriegskunst gab dem gemeinen Manne eine größere Bedeutung. Die Entdeckung der neuen Welt, Handel und Schifffahrt kamen dem Bürgerthume unerschließlich zu Gute. In ihm

und in dem Königthume liegt heute die beste Kraft des Widerstandes gegen den Andrang der unteren Klassen. Aber die monarchische Gewalt hat seit den Zeiten der französischen Umwälzung ihren Hauber eingebüßt. In ihrer personellen Vertretung ist kaum eine Aussicht auf neue Kräftigung. Selbst in den unumschränkt regierten Staaten scheint das, was Jakob I. das Königsbandwerk nannte, verlernt. Das Bürgerthum aber hat sich selten zur politischen Herrschaft besonders befähigt erwiesen. Es hat weder körperlich noch den Ehrgeiz, noch geschäftlich die Ruhe, den Hang, die Bewögnung, sich als einen politischen Stand in starker Gewalt zu behaupten. Dazu kommt, daß es von dem vierten Stande ganz anders abhängig und durch eine kleinere Kluft getrennt ist, als der Adel einst vom Bürgerthume war.
 Sind so die Stände, die politischen Gewalten und Formen ein geringes Hemmnis gegen die demokratischen Bestrebungen der Zeit, so ist dagegen die höchste Ermunterung für sie gelegen in den Beispielen, die in den bestehenden Staaten und Staatsformen gegeben sind. Drei große Reiche weitest unter den ungleichsten Verfassungen an gleicher Macht. Die Absolutie in Rußland hat den allgemeinen Haß der gebildeten Welt gegen sich. Der Constitutionalismus in England liegt für die meisten Staaten jenseits aller Erreichbarkeit. Die demokratische Verfassung Amerika's aber ist das Vorbild und die Vorliebe der großen Massen. Dieser Staat war im Westen unmerklich entstanden und emporgelommen gleichzeitig wie Rußland im Osten anwuchs, er war gleichzeitig mit Rußland in die Geschichte bedeutungsvoller eingetreten, er hatte, als Napoleon Rußland auf seine Höhe trieb, von diesem die Möglichkeit erkaufte, auf größerem Gebiete eine stärkere Macht zu entsenden, und dem dynastisch-despotischen Einflusse Rußlands einen volkshümlichen entgegen zu stellen. Der Anblick dieses rasch aufsteigenden, freien, glücklichen Staates ohne König, Adel und geistlichen Stand, war von einem wunderbaren Reize grade für die Völker. Und eben dieser Staat allein übt grade auf die Völker eine so wenig beachtete, wie gewaltig wirkende, unheimbare und unmittelbare Einwirkung aus. Sein Glüd zieht die der alten Verhältnisse Rüden aus Europa massenweise an, und in dem umfassendsten Fortschreiten der Berichte und Ideen, nicht der verunglückten, sondern nur der gedeihlichen Auswanderer mitten in die unteren Schichten der Gesellschaft ein. Zu dieser nie recht gewürdigten Propaganda kommen die Wirkungen der Litteratur hinzu, die in allen Theilen Europa's gleichmäßig demokratisirt ist; ein zahlreiches Proletariat der gebildeten Klassen, das vom literarischen Tagewerke lebt, reicht in gleichem Sinne den unteren Ständen die Hand zu dem gleichen Werke. Und ferner bilden die vom Despotismus Vertriebenen, die heimathlosen Polen, Ungarn, Italiener eine weitere geordnete Propaganda. Ihre Grundsätze, wie aristokratisch die Führer sein mögen, sind nothwendig demokratisch, weil sie der Massen bedürfen und einen Mittelstand zu Hause nicht kennen;

sie sind von aller Rücksicht losgeragt und mit allen Rechts- und Rücksichtslosen in einem weltbürgerlichen Bunde, wie einst die Jesuiten, aber für eine aufgehende, nicht für eine untergehende, für eine volkshümliche, nicht für eine despotische Sache. Gegen diese vereinigte Gewalt gleichmäÙiger, unabhärrer politischer Einwirkungen hat die monarchische Politik der Erhaltung auf dem Gebiete geistiger Einflüsse nichts zu stellen, als einen einflusslosen, abhängigen Theil der Presse. Die händlichen Versammlungen, von wo aus allein ein praktisch-politischer Sinn hätte gebildet werden können, wurden unterdrückt und untergraben, und haben auch, wo sie zum Scheine bestehen blieben, weil sie nur zum Scheine bestehen, Vertrauen und Wirksamkeit verloren. Das Feld ist daher den demokratischen Grundzügen frei gegeben. Sie spreiten auf jedem Wege vor, auf dem gewaltthamen der Revolution, wo sie in den Lehren der Sozialisten die furchtbarsten Loosworte agrarischer Gesetze erhalten haben; noch wirksamer aber auf dem stillen Wege der untergrabenden Gewalt der Ideen und Sitten. Die Vorstellungen werden mehr und mehr von ihnen angefüllt, die Bräuche umgestaltet, die politischen Meinungen und Handlungen der Einzelnen und der Regierungen, selbst derer, die sich dawider sträuben, sind davon beherrscht. Die Beweglichkeit des Besitzes, die gleiche Erbtheilung, die gemeinsame Schule, die leichten Verkehrsmittel, Alles wirkt auf die Annäherung der Stände; die verschiedensten Eigenschaften und Leidenschaften der Menschen vereinigen sich gleichsam, um dem untersten Stande emporzuhelfen. Die MittelmäÙigkeit der literarischen Erzeugnisse, eine Folge des ausgebreiteteren geistigen Bedürfnisses, verschleift die Talente der Schreiber und zugleich die Klassen der Leser. Luxus und Genusssucht sackeln die Armen sich den Reichen gleich zu stellen. Die Bosheit hat den Erhaltungsmännern den Rath eingeblasen, dem Proletariat gegen das Bürgerthum die Hand zu reichen, und wieder hat die Gutmüthigkeit der Menschen auf Tausend Wegen gesorgt, das untere Volk zu erleichtern und zu heben: durch Sonntageschulen und Bewahranstalten, durch Sparkassen und Armengesetze. Die Emanzipation aller Gedrückten und Leidenden ist der Ruf des Jahrhunderts, und die Gewalt dieser Ideen ist in der Abstellung von Servituten und Frohnden in Europa und in der Befreiung der Sklaven Westindiens über mächtige Interessen und eingewurzelte Zustände Sieger geworden. Dies ist der große Zug der Zeit. Die Stärke des Glaubens und der Ueberzeugungen, die Macht des Gedankens, die Kraft der Entschlüsse, die Klarheit des Ziels, die Ausdauer der Hingebung ist in dem volkshümlichen Lager, Alles was einer geschichtlichen Bewegung den providentiellen Charakter, den Charakter der Unwiderstehlichkeit giebt.

*) Conservative. (Schluß folgt.)

der deutschen Kriegervereine als solche, da es unmöglich zu etwas Gutem führen kann, wenn wir den schönen Boden, auf dem wir stehen, verlassen, um uns wider das Gesetz aufzulehnen, welches uns nicht als politische Vereine anerkennt. Es müßte sich über kurz oder lang sehr an uns rächen, wenn wir unsere Aufgabe nicht dahin aufstellen, daß es wohl unsere wahrhaft schöne Aufgabe sein soll, die Liebe für Kaiser, König und Vaterland zu wecken und zu pflegen und darin ein Vorbild zu sein den Mitbürgern, daß wir aber nicht zugleich das böse Beispiel der Gesetzesachtung geben dürfen, um diesen Zweck zu erfüllen.

Unkluglich jenes oben erwähnten Flugblattes wurde ich von Kameraden hiesiger Vereine um eine Erklärung betreffs meiner Unterzeichnung angegangen und ersucht, dieselbe möglichst öffentlich zu machen, da viele Kameraden durch jene Unterschrift irre an mir geworden seien.

Ich bitte deshalb, diesen Brief in der „Deutschen Kriegerzeitung“ abdrucken zu lassen mit folgender Erklärung:

Ich erkläre hiermit, daß ich es für unstatthaft und ungesetzlich halte, daß deutsche Kriegervereine sich in corpore mit Politik befassen, und demgemäß erkläre ich, daß die im Flugblatt der „Conservativen“ vorhandene Unterschrift „C. Siebert, Baumeister, Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Division Nummer“ nicht von mir herrührt.

— „Es geschehen Zeichen und Wunder!“ Die „Cultur-Lampf-Gesetze“ haben bekanntlich allerlei Ausweisungen von Pfaffen, Mönchen und allerlei katholischen Leuten verfügt. Diese durch das Gesetz „Ausgewiesenen“ müssen doch unmoralische oder wenigstens unserem Vaterlande schädliche Menschen sein. Sonst dürfte man dieselben doch nicht ausweisen. Nun aber meldet die „Germania“: „Die aus Kofelweitz im Regierungsbezirk Koblenz ausgewiesenen Salesianerinnen, welche in dem Schlosse zu Chotelschau in Böhmen eine neue Stätte gefunden und ein Pensionat errichtet haben, wurden vor einigen Tagen freudig überrascht, indem sie von der Kaiserin Augusta einen werthvollen Weihwasserkrug als Andenken übersendet erhielten.“ — Wir aber fragen, da wir uns nicht in Unannehmlichkeiten fügen wollen, einfach: „Wie reimt sich das zusammen?“

— Wie die reichstreuen Wahlen gemacht werden, zeigt folgende

„Bekanntmachung!“

Bezugnehmend auf den Wahlauftrag der reichstreuen Partei, wonach H. Geh. Oberberggrath Pfähler als Wahlcandidat aufgestellt ist, habe ich an die Herren Beamten und Arbeiter meines Dienstkreises folgende Worte zu richten: Das Resultat der bevorstehenden Wahlen wird zeigen, wer zu Kaiser und Reich hält, oder wer in unpatriotischer Verblendung auf Seiten reichsfeindlicher Unzufriedener, wahnwitziger Sozialdemokraten und verrückter Attentäter steht. Es ist heute unerlässliche Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, seine Stimme abzugeben, denn wer nicht für die Regierung, ist gegen sie, und ist nicht werth, deren Brod zu essen. Wer nicht an der Wahlurne erscheint, kann dies nicht verheimlichen und werde ich die zweifelhafte Ehre, Borgefetzter solcher Individuen zu sein, sehr bald abzuschütteln wissen.

Königl. Eisenbahn-Werkstätte Saarbrücken.
(gez.) Reppich, Maschinenmeister.

Der letzte Satz ist natürlich ein Wink mit dem Hauptwahl — entweder freis oder freis, Bogel! — Natürlich müssen die Arbeiter wählen, wie der Herr Maschinenmeister will, denn an der Wahlurne sitzen die Genossen des Obigen und wer weiß, was an der Wahlurne noch Alles passiert. Hoch das freie Wahlrecht!

— Bezüglich der Maßregelung Samter's erläßt die Lotteriegeneral-Direktion jetzt folgende Verchtigung: „In der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ vom 31. v. M. hat der frühere Königl. Lotterie-Einnahmer Samter zu Königsberg die erfolgte Lösung der zwischen der Lotteriegeneral-Direktion und ihm bestandenen Geschäftsverbindung mit der tatsächlichen Bemerkung veröffentlicht, daß der Grund zu dieser Lösung seine literarische Thätigkeit und ein an J. Dieffen von ihm gerichteter Brief gewesen sei. Diese Bemerkung ist unrichtig, indem die vornehmlich entscheidenden Gründe zu der dem Samter widerfahrenen Entziehung seiner Lotterie-Einnahme nicht in den von ihm bezeichneten, sondern in anderen Vorgängen beruht haben und jene früheren Vorgänge von nur untergeordneter und ganz beiläufiger Bedeutung gewesen sind.“ — Wo sind denn die Gründe zur Maßregelung? Die ganze Verchtigung ist ja sonst fauler Zauber.

— Die Gesellschaft ist wieder einmal gerettet! — Wie bekannt, haben die Strahburger Behörden die Vorbeeren ihrer Berliner Kollegen nicht schlafen lassen! Nachdem vor ca. sechs Wochen den sozialistischen Zeitchriften der Eingang in's Elsass verweigert worden, hat heute das hiesige Bezirkspräsidium den „Verein der Schuhmacher für Statistik“ aufgelöst. Schon einige Tage vorher waren Mitglieder vor dem Richterstuhl der hiesigen Hermandad geladen und inquiriert worden; heute — wach prompte Justiz! — schon wurde dem Vorliegenden die Auflösungsurkunde zugestellt. Dieselbe lautet dahin, daß der Verein entgegen seinen Statuten sozialdemokratische Ziele verfolgt hätte u. s. w. Auf irgend eine Begründung dieses ungeheuerlichen Gelasses läßt sich natürlich das wohlthätige Bezirkspräsidium nicht ein; was braucht es auch zu beweisen, daß der Verein wirklich sozialdemokratischen Bestrebungen gehuligt; der bloße Verdacht ist schon Grund genug. Natürlich ist von unserer Seite der Refus an das Oberpräsidium genommen, obwohl wir uns davon nicht viel versprechen. Mögen unsere „Gesetzeswächter“ nur noch recht oft den Sozialismus in Strahburg vernichten und die Gesellschaft retten — die nächsten Wahlen werden ihnen dann beweisen, welche treffliche Unterstützung sie dadurch den „bösen“ Sozialdemokraten angeheißten lassen. Habeant sibi! — (Mögen die „Gesetzeswächter“ einsteilen auf ihren „Vorbeeren“ ausruhen.)

— Die Annektion Bosniens durch Oesterreich geht doch nicht so ruhig ab, wie man anfangs vermuthete; die Türken weichen formell zurück, die muslimännische Bevölkerung bemächtigt sich der Gewalt, und in der Hauptstadt Serajewo hat man bereits den türkischen Gouverneur fortgejagt, und auch der österreichische Generalconsul mußte das Hospiz verlassen. Ein gewisser Hadji Vojza organisiert den Widerstand, und man vermuthet, daß derselbe von Serbien und Montenegro und selbst der Türkei unterstützt wird. Es ist auch bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen, und auf beiden Seiten sind Tode zu verzeichnen. Oesterreich hat damit seine Mission, Frieden zu stiften und dem Volke Ruhe und Glück zu bringen, aufs Glänzendste bewährt. Die paar Opfer sind des Ländchens schon werth, sind billig — was kommt es auf ein paar Menschen mehr oder weniger an?!

— Mit Hilfe des Militärs sind die streikenden Kohlenarbeiter in Anzin (Frankreich) zu Paaren getrieben worden. Ein paar Duzend der „Räbelsführer“ hat man eingesperrt, und weil die Anderen Miene machten, die Inhaftirten zu befreien, blies das Militär noch ein bißchen da. Die eingeschüchterten sind wieder eingefahren und Alles ist ruhig. „Der Sozialismus hat allen Boden verloren“, melden triumphirend die Organe der „Ordnung“. Wir meinen, die französischen Arbeiter fangen vielmehr nach und nach an, den Sozialismus zu begreifen und Fortschritte in der Erkenntniß desselben zu machen. Daß die französischen Arbeiter sich ihrer deportirten Genossen unwürdig zeigen sollten, dagegen muß entschieden Protest erhoben werden. Wenn die Arbeiter mit Gewalt in ihr Joch zurückgetrieben werden, so ist die ganze Geschichte eben nur eine Frage der Zeit; jedenfalls wird die Zeit auch kommen, wo die Arbeiter die Gewalt in Händen haben. Wie es scheint, meldet der Telegraph aus purer Ironie aber schon wieder einen Strike der Handwerker und Weber in Commines, wo natürlich auch sogleich mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden — um die „Ordnung“, die gar nicht gestört war, herzustellen. Nach diesem Maßstab gemessen, scheint der Sozialismus in Frankreich seinen Boden durchaus nicht verloren zu haben.

— Unser amerikanisches Parteiorgan „Der Borsote“ in Chicago wurde unter dem 1. August auf die Dauer von zwei Jahren für das deutsche Reich verboten. Die Nummern 21 und 23 des genannten Blattes hatten ein Mißfallen des deutschen Staatsanwalts erregt und erfolgte eine Verurtheilung wegen beider Nummern.

— Das Organ des Renegaten Grüneberg, die „Deutsche Volkswacht“ in Berlin, hat aufgehört zu existiren. Es wollte Niemand mehr auf den christlich-sozialen Leim gehen.

Correspondenzen.

London, 28. Juli. Je größere Fortschritte wir machen, desto giftiger wird der Geiser, mit dem unsere Gegner uns zu bedecken suchen, was auch recht ersichtlich ist an den wiederholten Verleumdungen gegen uns. Nur mit Widerwillen muß ich heute wieder einer Sumpfpflanze gedenken, mit der ich glaube schon in meinem letzten Bericht abgerechnet zu haben, ich meine das „Londoner Journal“. Seit Wochen besuchen uns — ohne von uns gestört zu werden — Monchards (Polizei-spitzel). Für wahr, wir hätten das Recht, dieselben zum Tempel hinauszutreiben, daß sie die Schutze verlieren, was uns aber bis jetzt noch nicht einfiel. Trotzdem wir mit all unserm Wirken und Beschlüssen das Licht der Öffentlichkeit nicht scheuen, wagt es das obige Journal doch, uns weiter zu besudeln. Dabei läßt diese Revolverbande hübsch jeden Namen weg, so daß wir ihr juristisch nicht beikommen können. Der Krug geht jedoch so lange zum Brannen, bis er bricht. Jene Gegner haben die Lynch gegen uns empfohlen, sie mögen auf ihrer Hut sein; hier treten wir nicht deutsches Reichspflaster, hier haben wir in der letzten Zeit bewiesen, daß wir die öffentliche Meinung für uns haben. Was uns entrüftet, das ist die boshafte Gemeinheit, mit der die deutsche Presse den Quark des „Londoner Journals“ verarbeitet, und auch nur aus diesem Grunde lassen wir diese Heilen folgen. Um erbärmliches Judasgeld ist das Blatt in die Hände der sogenannten deutschen „Reichsfreunde“ übergegangen und muß natürlich auch mit allen Mitteln für diese arbeiten. — Am 21. Juni haben wir den verammelten hiesigen Arbeitern gezeigt, daß die Gegner gleich Wölpen den Mond anbellten. In einer von ihnen selbst emporgerufenen öffentlichen Volksversammlung verübten sie argen Unfug, daraufhin wählten wir ein Bureau und hielten die Ordnung aufrecht. Jene verrammelten uns das Licht, wir begünstigten uns mit einigen Talglütern; jene mietheten sich eine Rauffande, plärzten sich die Kehlen wund an der „Wacht am Rhein“ und anderen „patriotischen“ Liedern, wir antworteten mit der „Mar-seillaise“. — Am letzten Montag, 22. Juli, wurde unserm Wirken die Krone aufgesetzt durch eine große englische Volksversammlung im Westende, die von Mr. Woltman Barry präsidirt wurde. Eine Reihe von englischen Rednern legten unter donnerndem Beifall dar, wie die Sozialisten in Deutschland unterdrückt werden und trotzdem weiter kämpfen. Es wurden die Prinzipien der Sozialisten erläutert und schließlich durch eine Resolution den deutschen Sozialisten die begeistertste Sympathie ausgesprochen. Unsererseits sprachen Mendel und Weber mit großem Beifall. — Und das es mit unserm Wirken nicht allein in unseren Kreisen sein Bewenden hat, davon nur ein Beispiel. Der hiesige communistische Arbeiter-Bildungsverein hat zur Unterstützung der deutschen Genossen Sammellisten in Umlauf gesetzt. Bis jetzt sind von den Mitgliedern und Freunden 700 Mark aufgebracht worden und wird sich die Summe noch vermehren. Unter den Gebern befinden sich die englischen Parlamentarier Joseph Cowen, Thomas Brassey u. c., von welchen jeder 42 Mark zeichnete. In der That eine für gewisse Ohren garstliche Geschichte, im englischen Parlament eine unserer Sammellisten für die Unterstützung der deutschen Sozialisten und deren Wahl in Umlauf zu setzen. Mr. Woltman Barry hat dieselbe im Parlament eingeführt. — Mit bestem Gruß

F. J. Ehrhart.

Hannover. (An die Parteigenossen und Wähler des 8. hannoverschen Wahlkreises.) Die Wahlschlacht ist geschlagen, das Resultat ist Euch bekannt, unser Candidat hat den nationalliberalen Candidaten um 528 Stimmen überholt; es findet jetzt eine Stichwahl zwischen dem Candidaten der Arbeiterpartei F. W. Frizsche mit 6589 Stimmen (gegen 5604 am 10. Januar 1877) und dem Candidaten der deutsch-hannoverschen Partei, Herrn Gehelmrath Bruel mit 11,127 Stimmen (gegen 10,796 am 10. Januar 1877) statt. Die schwerste Arbeit ist also hinter uns; denn, Parteigenossen, durch Euren Muth und Eure Ausdauer ist es uns gelungen, den hervorragenden Führer der nationalliberalen Partei, Herrn Rudolf v. Wennigsen, mit 6061 Stimmen aus dem Felde zu schlagen (am 10. Januar 1877 erhielt die nationalliberale Partei 6541 Stimmen). Jetzt aber, Männer der Arbeit, gilt es, das den Gegnern schrittweise abgerungene Terrain auch muthig zu verteidigen, es gilt am Tage der Stichwahl zu zeigen, daß die Verfolgungen, Maßregelungen und Verleumdungen es nicht vermocht haben, uns den Kampf für Recht und Wahrheit zu verleiden. Es gilt ferner den Reichsherrn klar zu machen, daß wir gewonnen sind, in geschlossener Phalanx mit ganzer Kraft, trotz aller Bedrückung, unsere Stimmen gegen Ausnahmegesetze und Mehrbelastung des Volkes durch erhöhte Steuern u. s. w. in die Waagschale zu werfen. Am das aber zu erreichen, müssen wir uns an Euch, Ihr alten Parteigenossen, wenden, Ihr, die Ihr im Laufe der Jahre zäh geworden, aber doch augenblicklich durch allerlei Bedrückung von der direkten Agitation fern waret. Ihr aufgeklärten Sozialisten, Ihr müßt jetzt hervortreten und uns in allen Theilen unterstützen. Vor Allem müßt Ihr Euch am Tage der

Stichwahl zur Verfügung stellen; wir mahnen Euch an Eure Pflicht, thut sie voll und ganz, und wir wollen sehen, ob wir mit unserer Stimmenzahl durchbringen. Wendet Euch in allen Angelegenheiten an H. Rudolph, Mittelstraße 11, II.

Das Arbeiter-Wahl-Comité.

F. A. H. Rudolph.

Königsberg i. Ostpr., 30. Juli. Die Hochburg der Fortschrittspartei in Ostpreußen ist bei der heutigen Reichstagswahl von den Conservativen erobert worden. Der conservative Candidat, Justizrath Stellter, ist mit verhältnismäßig großer Majorität zum Reichstagsabgeordneten unserer Stadt gewählt. Das Stimmenverhältniß ist folgendes: Stellter erhielt 7772, der fortschrittlich-nationalliberale Stadtrath und reiche Thonhändler Jacob Theoder 5351, Bebel 1109, Reichensperger 228 Stimmen. — Die Fortschrittler meinen, der Grund für ihre Niederlage sei in polizeilichen Maßregelungen zu suchen. Dieses ist einfach unwar, denn die Auflösung einer Comité- und Vertrauensmänner-Zusammenkunft als nicht polizeilich angemeldet Versammlung hat die Herren in ihrer weiteren Agitation durchaus nicht gestört und die wegen eines unbedeutenden Formfehlers erfolgte Confiscation ihres Flugblattes erfolgte bereits nach vollständiger Bertheilung desselben. Die Ursache der colossalen fortschrittlichen Niederlage ist einzig und allein in dem Bündniß mit den hiesigen Nationalliberalen zu finden. Dieses ist durch Zahlen einfach zu beweisen. Bei der vorletzten Reichstagswahl kam es zwischen dem fortschrittlichen Candidaten Didert und dem Candidaten der vereinigten Nationalliberalen und Conservativen, Stadtkämmerer Hoffmann, am 27. Januar 1877 zur Stichwahl. Hierbei erhielt Didert 6659 Stimmen und siegte so über Hoffmann, der nur 3895 Stimmen erhielt. Heute vereinigen sich auf den gemeinschaftlichen Candidaten der Fortschrittler und Nationalliberalen nicht mehr als 5351 Stimmen. Nützt man nun, dem Sachverhalt gemäß, von jenen 6659 Stimmen des Fortschrittscandidaten Didert wirklich 1000 Stimmen ab, die dieser von Sozialdemokraten erhielt, so blieben der Fortschrittspartei bei der vorletzten Reichstagswahl noch immer 5659 Stimmen als von ihren Parteigenossen abgegeben. Bei der heutigen Wahl fielen auf Theoder, als den Candidaten der hiesigen Fortschrittler und Nationalliberalen, aber nur 5351 Stimmen, also 308 Stimmen weniger als auf den Fortschrittscandidaten vor anderthalb Jahren. Und wo sind die hier zahlreich vertretenen Bundesgenossen der Fortschrittler, die Herren Nationalliberalen geblieben? Diese haben die Fortschrittler einfach düpiert und — Stellter gewählt. Das ist die Lösung des Räthfels. Wenn man übrigens von diesem verwerflichen Treubruch der Nationalliberalen Königsbergs abliest, so haben die Letzteren von ihrem politischen Standpunkte richtig gehandelt. Denn die Nationalliberalen gehören zu den Conservativen. Erst bei diesen werden sich die Fortschrittler mit ihnen vereinen fest vereinigen können und auch wirklich vereinigen. Alle diejenigen Mitglieder der Fortschrittspartei, die dies nicht thun wollen, müssen zu uns herüber! Wenn Dr. Köller, der Führer der hiesigen Fortschrittler, nicht ein politischer Don Quixote wäre, würde er das lange eingesehen haben. — Die hiesigen Sozialdemokraten haben sich ziemlich gut gehalten. Denn wenn man berücksichtigt, daß wir in Folge polizeilicher Maßnahmen keine Versammlung abhalten und während der eigentlichen Wahlagitacion kein Flugblatt veröffentlichen konnten, und wenn man ferner die weitgehenden zwingenden Beeinflussungen der Arbeiter durch die Polizei und durch ihre liberalen wie conservativen Arbeitgeber in Betracht zieht, so ist die Stimmzahl von 1109 für Bebel immer bemerkenswerth.

Badenburg i. Schl. (Wahlbericht.) Die Wahlagitacion von seiten des Fürst Pfler war die wahre Seelenverkäuferei. Seit vier Wochen war ein Aufruf von ihm resp. von seinen Beamten in Kurs gesetzt, welcher in jeder Ortschaft des Kreises zu finden war, und zwar zu dem Zwecke, daß Jeder, welcher nicht für reichsfeindlich gelten wollte, unterschreiben mußte. Dadurch waren die Arbeiter und Geschäftsleute, wovon viele als direct Ultramontane und Sozialisten bekannt waren, gezwungen zu unterschreiben. Die Beamten der fürstlichen Outsbegüter (welche sehr zahlreich im Kreise sind) verfolgten unsere Verbreiter des Wahlmaterials, auf die frechste Weise, nahmen die Flugblätter, ja sogar Stimmzettel direct weg. Die Ausschreitungen der Polizeibehörden waren geradezu unerträglich. Die Vergleute wurden in den meisten Fällen direct von ihren Vorgesetzten zur Urne geführt und ihnen der Stimmzettel in die Hand gedrückt, welchen sie unter Aufsicht abgeben mußten. Ebenso verhielt sich mit den Fabrikarbeitern. Ganz besonders zeichnete sich die Verwaltung der Königl. Gebirgsbahn aus. Dieselbe hatte Stimmzettel von einer Person schreiben lassen und ein ganz auffallendes Format dazu geschnitten und extra außergewöhnlich zusammengefalzt, und wurde jedes Wahllokal von ihren Beamten überwacht. Einige Fortsbeamte von Pfler haben sogar sich erdreistet, direct die Stimmzettel ihrer Wadarbeiter selbst hinzutragen. (?) All die Gewaltmaßregeln heranzuzählen würde eine ganze Zeitung beanspruchen. Kurz und gut durch 2000 Stimmen in die Urne gebracht. Nur 800 Stimmaten für die ultramontane Partei, und circa 4000 Männer hielten trotz all diesen Vergewaltigungen treu und unerschütterlich zur Fahne der Arbeit. Mit Stolz können die 4000 Männer diese Niederlage erdulden und mit der größten Berachtung auf den, durch die schmutzigsten Mittel erkaunerten Sieg, dessen sich ein Fürst nicht zu rühmen braucht, herabzublicken. Trotzdem, daß der Pfler feierlich öffentlich sich für die Ausnahmegesetze (und indirecte Steuern) erklärte, forderte der Vorstand des Hirsch-Dunder'schen Gewerkevereins seine Mitglieder auf, für Pfler zu stimmen. Wie politisch unreif das liberal sein wollende Bürger- und Hirsch-Dunder'sche Arbeitethum ist, dafür hat es ein deutliches Zeugniß abgelegt, denn sich selbst fesseln und gefesselt sich dem conservativen Junkerthum zu überliefern, dazu gehört doch wohl die größte Unklugheit. Nicht lange wird es dauern und sie erwachen mit Schrecken! Ihr 4000 Braven aber, haltet fest zusammen, ihr seid der mächtige, unerschütterliche Stamm für diesen Kreis, haltet getreu zu unserer gerechten Sache und wirkt unermüdetlich, auf daß die abtrünnigen Wankelmüthigen und Vergewaltigten zu uns wieder zurückkehren; der Sieg wird uns nicht ausbleiben. Genügend Material liegt vor, welches gesammelt wird, um diese Wahl zu beanstanden.

Sensburg, 2. August. Zur Verchtigung der in Nr. 89 dieser Zeitung enthaltenen Correspondenz, do dato Giesewen, den 17. Juli, erkläre ich, daß der Grundbesitzer Hesse der Sohn eines Schäfers Hesse ist, welcher auf meinem Gute Sypowo lange Jahre hindurch gebient hat und verstorben ist. Aus Rücksicht für den verstorbenen Schäfer Hesse habe ich einzelne Glieder dessen hinterbliebener Familie verschiedentlich unterstützt und bin der Wittve desselben zur Erlangung einer Pension für ihren in Folge des letzten Krieges verstorbenen Sohn behilflich gewesen. Am 16. Juli hat mich Hesse jun. um ein Darlehn von 15 M., welches ich demselben aus Rücksicht auf seinen in meinem Dienst verstorbenen Vater und gegen Ausstellung eines Schuldscheins gewährte, und welches Hesse am 1. September ex. zurückzahlen

hat. Die in der gedachten Correspondenz behauptete, auf die gegenwärtigen Wahlen und die Stellung der Katholiken zu denselben bezügliche Unterredung ist unwahr und rein aus der Luft gegriffen. Der Landrath des Kreises Sondershausen, v. Schwerin.

Nürnberg, 1. August. Was ich Ihnen zu berichten habe, wissen Sie schon: wir sind unterlegen, ehrenvoll unterlegen. Wie anderwärts, so war es auch hier nicht möglich, auch nur ein Vokal zu Versammlungen zu erhalten, wie aber nicht überall, so konnten infolge tiefenhafter Beeinflussung eine Unmasse Arbeiter nicht zur Wahl gehen — und wir verdanken eine ungeheure Stimmenzahl unserem Kleinbürgerthum, welches sich sagte, daß es nur von den Arbeitern lebe und deshalb auch zu diesen halten müsse. Ueber die Wahlbeeinflussung selbst sagt der „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ Folgendes: „Wer in Stein gesehen, wie die Arbeiter massenweise von ihren Vorarbeitern an die Urne eskortirt wurden; wer in Feucht gesehen, wie die Fortbeamteten an der Thüre des Wahllokals den Wählern die Zettel öffneten, die sozialistischen zerrissen und wegwarfen und ihnen Günther'sche aufnöthigten; wer da erfährt, daß der Bürgermeister von Burgthann unseren Genossen die Zettel gewaltsam wegnahm und ihnen den Gensdarm nachschickte, um ihnen das Vertreiben im Orte zu verwehren, während im Wahllokal die „liberalen“ Zettel öffentlich auslagen; wer in Nürnberg die Arbeiter beobachtet konnte, deren Werkmeister als Zettelverteiler an der Thüre, deren Arbeitgeber oder sonstige Vorgesetzte (Zugeneure etc.) als Wahlvorsteher oder Beisitzer fungirten; wer auch in der Stadt es mit angesehen, wie die Arbeiter ganzer Werkstätten, Bedientete durch ihre Aufseher, zur Wahl transportirt wurden; was dabei an Drohungen, Versprechungen etc. geäußert worden ist: nur der kann sich einen annähernden Begriff davon machen, welchen Rückschlag das auf diejenigen ausübte, die gerne gewählt hätten, unter solchen Umständen aber lieber ganz zu Hause blieben. Das sagen wir nicht zur Rechtfertigung der zu Hause Gebliebenen, sondern nur zur Erklärung, zur Kennzeichnung der Phrase von der „freien Wahl“. Geradezu räthselhaft wird Manchem die massenhafte Stimmenthaltung und überhaupt das schlechte Resultat im Landbezirk sein. Da ist zunächst zu bemerken, daß wir mit Ausnahme von Altdorf, Leinburg, Ludersheim und Oberrieden überhaupt im ganzen Altdorfer Bezirk kein Vokal zu einer Versammlung bekommen konnten, während die Gegner in den letzten Tagen noch in jedem Dorfe Wählerversammlungen abhielten. Außerdem aber kam das schöne Wetter der Reaktion trefflich zu statten; während der reiche Bauer zur Wahl ging, mußten Knechte und Tagelöhner ihre Feldarbeit verrichten und wurden so gezwungen, auf ihr Stimmrecht zu verzichten! Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß fast nirgends in den Wahllokalen auf dem Lande Controleure von unserer Seite zugelassen wurden, und wo man sich nicht scheut, die Wähler in sonstiger ungesetzlicher Weise zu beeinflussen, da — Geschwindigkeit ist keine Hexerei — sind auch noch ganz andere Dinge möglich, ein nationalliberales Gewissen ist weit, und zur „größeren Ehre Bismarck's“ ist eine kleine Wahlünde keine Sünde.“ — Ganz Aehnliches hören wir aus vielen Theilen Deutschlands, und wir sind dieserhalb nicht müde, denn eine Stimme unter den gegenwärtigen Verhältnissen abzugeben zählt unbedingt für zwei in normalen Zeiten. Und von diesem Standpunkte aus betrachtet ist es ein Sieg, ein ungeheurer Fortschritt, wenn unter solchen Verhältnissen zehntausend bewußte Männer ihr Veto gegen die heutige Gesellschaftsordnung einlegen. Darum, muthig weiter gekämpft für unsere Partei, für unsere Sache.

Hannover, 30. Juli. Parteigenosse N. in Linden wurde von dem Schupmann Haby auf fürchterliche Art mißhandelt, so daß derselbe arbeitsunfähig wurde. Derselbe hat eine Beschwerde resp. Anzeige an die Kronanwaltschaft erstattet und um die Bestrafung des obengenannten Schupmannes nachgesucht. Wir wollen hoffen, daß ihm Gerechtigkeit widerfähre.

Rülken St. Nicolas, 1. August. Der Wahlkampf war heftig, aber die Schlacht ist gewonnen, indem unser alter Parteigenosse W. Liebknecht mit 339 Stimmen gegen 178, welche für den Fabrikant Ludw. Löwe aus Berlin abgegeben wurden, also mit einer Majorität von 161 Stimmen aus der Wahlurne hervorging, es haben also die „schlichten Landleute“ in Rülken St. Nicolas, wie Herr Löwe in seiner Candidatenrede am 28. Juli sich auszudrücken beliebte, bewiesen, daß sie die Lehren der Sozialdemokratie sehr wohl von dem Phrasenbrei des Herrn Löwe zu unterscheiden verstehen; daß sie ferner durch verkleumderisches Geschimpfe auf die sozialistische Presse nicht zu befehren sind; daß sie sich nicht beirren lassen, wenn ein „Vogel“ von ihren Feinden gefüttert wird, um an einem kranken Löwen herumzudoktern. Wie ganz anders war doch die Rede unseres Parteigenossen Dehne aus Hannover, kein Wort der Verleumdung kam über seine Lippen, in ruhiger, klarer Ausführung bewies er die Unzuverlässigkeit des Löwe und fadenförmigen Löwen-Programms. Kurz, der materielle, wie der moralische Sieg ist unser; darob auch große Erbitterung in Israel und in der ganzen Renagerie. Zwei hiesige Frauen (eine Hebamme und eine Köchin), welche am Wahltage bei einem hiesigen Ordnungsmann zur Kindtaufe anwesend waren und daselbst die Führer der Ordnungspartei als „Gebätern“ vorfanden, sollen es schwer haben haben müssen, daß Löwe durchgefallen ist. Nun, die armen gekränkten Frauen mögen sich trösten: die Partei wird sich derartige Vorkommnisse merken, um jenen „gebildeten“ „Ordnungs“-Helden zu geeigneter Zeit und an geeignetem Orte zu zeigen, weß Geistes Kinder sie sind.

Gotha, 1. August. Die Wahl ist für uns nicht so gut ausgefallen, als voriges Mal; aber es war auch kein Wunder. Die Liberalen waren frech wie immer und die Polizei unterstützte sie in einer Weise, daß man den gelinden Ausdruck „Mißbrauch der Amtsgewalt“ gebrauchen kann. So stellte die hiesige Polizei die Sozialdemokraten unter polizeiliche Aufsicht, indem sie fast den ganzen Polizeiapparat in die Biergärten sendete, wo die Sozialisten, denen alle Versammlungen untersagt waren, sich zur geselligen Unterhaltung zusammenfinden wollten, nicht einmal Comité's zur Abhaltung eines Volksfestes durften tagen und als diese in einer Privatwohnung das Nöthige besprechen wollten, hielt ein Polizeidiener in der Nähe des Hauses Wache. Er hat lange stehen müssen, denn das Comité hielt seine Sitzung doch ab und zwar in einem Bierlokal. Aber selbst einer unserer Gefinnungsgenossen, der einen Garten besitzt und der mit einigen Freunden einmal ein kleines Fäßchen Bier in seinem Garten getrunken hatte, wurde Schuld gegeben, er halte sozialistische Versammlungen ab und zwar, weil er vor einiger Zeit in einer Restauration ein Fäßchen Bier habe holen lassen. Troßdem die Watter beim Polizeibureau versicherte, daß dies Privatgesellschaft gewesen, fährten zwei Polizisten mit langen Hälften die Polizei-

aufsicht Abends über den Gartenjaun doch aus und drangen sogar durch ein Nachbargrundstück, um besser sehen zu können. Die schamlosesten Beeinflussungen mit Drohung der Arbeitsentlassung, Consecration von Wahlflugblättern mit Verhaftung resp. Escortirung der Austräger, kurz, die Verbreitung des blaffen Schredens hielt den größten Theil der Arbeiter von der Wahlurne fern, und dennoch erhielt Bod (soz.) 3513, v. Volkendorff (conserv.) 5344 und Müller (lib.) 7480 Stimmen. Hätte die Wahl unter gesetzlichen Verhältnissen stattgefunden, Bod hätte im ersten Wahlgange die absolute Stimmenmehrheit erhalten und diese Schande — wie es die herrschenden Klassen nennen — wollten sie dem gothaischen Ländchen ersparen.

Frankfurt, 1. August. (Zur Sozialisten-Hay.) Wie kürzlich, so wollen wir auch heute wieder einmal dem „Frankfurter Journal“ als einem der wenigen noch eines vernünftigen Gedankens fähigen Freispresseorgane das Wort ertheilen. Es schreibt (am 28. Juli) in einem Artikel: „Die „Provincial-Correspondenz“ zur Sozialistenfrage“ u. A.:

„Die Regierung will, nach der „Prov.-Corr.“, besondere Vollmachten zum Verbot sozialdemokratischer Zeitungen, Vereine und Versammlungen, sowie zum wirksamen Einschreiten gegen die Agitatoren.“

Diese Mittel sind sehr einfach, werden aber gegen die Sozialdemokratie wenig helfen. Trotz ihrer Zwecklosigkeit haben sie auch noch, wie wir nachher zeigen werden, das Ueble, daß sie nicht nur die Bewegungsfreiheit jener Richtung, sondern die aller unabhängigen Parteien bedrohen. Man möge mit einem Schläge alle sozialdemokratischen Zeitungen, Vereine und Versammlungen verboten und gleichzeitig die bekannten Agitatoren in Haft nehmen, die Sozialdemokratie wird bei der Entwidlung, die sie erreicht hat, dennoch fortleben, möglicherweise sogar kräftiger wie vorher. Die Agitation innerhalb der Familie, im Freundeskreise, bei der Arbeit kann nicht unterdrückt werden und wird sich noch wirksamer erweisen wie bisher. Auch die sozialistische Literatur läßt sich nicht vom Erdboden vertilgen. Es sind gewisse Fundamentalarbeiten vorhanden, außerdem populäre sozialistische Katechismen, deren stete Vermehrung durch erlaubten oder nicht erlaubten Druck und deren geheime Verbreitung sich gar nicht verhindern läßt. Das geistige Fluidum, welches die Sozialdemokratie erzeugt hat, läßt sich nicht auf mechanischem Wege einsapfen. Es ist entweder gar nicht faßbar, oder wo es gekannt erscheint, wird es selbst durch die feinsten Poren wieder entweichen.

Nur auf chemischem Wege, wenn man von einem solchen auf geistigem Gebiete sprechen kann, läßt sich der Sozialdemokratie wirksam entgegenarbeiten, nämlich auf dem Wege der Bindung und Zerlegung gefährlicher Ideen durch Lehre, Beispiel und energische Reformthätigkeit.

Es wäre übrigens eine arge Ungerechtigkeit, wenn man die ganze sozialistische Ideenwelt verdammen wollte. In den Grundsätzen jeder Partei liegt irgend ein guter und berechtigter Kern: Bei den Sozialdemokraten ist er in der Anschauung zu finden, daß die herrschende soziale Ordnung der Verbesserung fähig und bedürftig ist. Durch Mittel der Gewalt wird diese Partei nur auf Abwege gedrängt, durch geistiges Nähertreten der übrigen Gesellschaft wird sie aber geläutert und der berechtigten Grundidee in einer der Gesamtheit heilsamen Weise zum Siege verholfen.

Es erübrigt noch der Beweis, daß durch die von der Regierung verlangten Vollmachten die Rechte Aller bedroht werden. Sind die Zeitungen und Vereine, welche als sozialistisch bekannt sind, verboten, so werden unter anderem Namen neue entstehen. Auch bereits vorhandene Blätter können sich in sozialistische Organe umwandeln, ohne von dieser Metamorphose besondere Kunde zu geben.

Außerlich soll nun vollständig der Entscheidung der Verwaltungs-Behörde überlassen bleiben, welche Organe oder Vereine als des Sozialismus verdächtig zu verbieten sind. Daß bei einer solchen Befugniß auch manche Zeitungen und gesellschaftliche Vereinigungen, denen nichts ferner liegt, als sozialistischen Tendenzen zu huldigen, dem Untergange geweiht sein werden, läßt sich nach den Erfahrungen, die bisher an der Weisheit der Behörden gemacht wurden, gar nicht anders erwarten, wie auf das Schlagendste aus der in der heutigen „Ersten Morg.-Ausg.“ unter Berlin mitgetheilten polizeilichen Auflösung der Generalversammlung der Genossenschafts-Buchdruckerei hervorgeht.

Wie sollen diese Behörden aber auch genau unterscheiden können, was sozialistisch ist, was nicht, da hierüber gar keine gültige Erklärung existirt, sich eine solche auch gar nicht geben läßt.

Erleben wir es doch an der „Prov.-Corr.“, und zwar in ihrer neuesten Nummer, daß sie „Nationalliberale, Fortschrittspartei und Sozialdemokratie“ in einen Topf wirft!

Wie sollen die Behörden seiner unterscheiden, als das Regierungsorgan! Ein Blatt mag nur eine Idee verfechten, die als sozialistisch verdächtig wird oder für die zufällig auch die Sozialdemokraten eintreten, dann läuft es also schon Gefahr, daß ihm der Lebensfaden abgeschnitten wird. Kein Blatt, kein Verein mehr wird sich schließlich vor dem Verbote sichern können, mögen sie in der Haupttrichtung noch so antisozialistisch sein.

Wir stehen vor den Wahlen! Das deutsche Volk möge sich überlegen, ob es solche Vollmachten in die Hände der Regierung gelegt haben will oder nicht. Wir sind der Ueberzeugung, daß es energisch „Nein!“ sagen wird.

Wir wollen diesen Ausführungen eines gegnerischen Blattes nur ein paar Worte ansagen und speziell von Frankfurt reden. Sechs Parteien stellten daselbst Candidaten für den Reichstag auf. Wäre nicht in den Wahlversammlungen die schönste und beste Gelegenheit gewesen, den angeblich „gefährlichen Ideen“ entgegenzutreten? Doch da hielten die Nationalliberalen gar keine öffentliche Versammlung ab, die Fortschrittler gestatteten keine Diskussion und in den nicht aufgelösten sozialdemokratischen und demokratischen Versammlungen meldeten sich weder Liberale, noch Fortschrittler zum Wort. Wir können mit dem besten Willen hierin nichts als Furcht erblicken. Da man in anderer Weise nicht zu kämpfen vermag, wird einzig und allein Alles, vom Polizeicommissar bis herab zum Nachtwächter, zu Hilfe gerufen. Es lebe das Recht und der geistige Kampf!

Allgemeiner Arbeiter-Sängerband.

Die General-Versammlung hat am 6. und 7. Juli hier stattgefunden und wurde Unterzeichnet zum Vorsitzenden des Bundes gewählt, wodurch Gotha wider Vorort ist.

Das gedruckte Protokoll wird je in einem Exemplar in den nächsten Tagen an die Vereine gratis verendet, jedes weitere Exemplar kostet einzeln 15 Pf., bei Bezug von mindestens 10 Stück à 10 Pf. gegen baar, und sind durch Unterzeichneten zu beziehen.

Die Vereine werden ersucht, über die Anträge 6, 8, 12 und 13 Abstimmung vorzunehmen zu lassen und die Stimmzahl für und wider

bis zum 15. September an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Ueber Antrag 12 und 19 ist zuulammen abzustimmen; jedoch die dort gestellten Fragen getrennt zu beantworten.
Gotha, 5. August 1878.

Emil Saureteig, Vorsitzender.

Briefkasten

der Redaktion: Herr B. Breal in Berlin: Wir haben Brief und Abrechnung erhalten und bringen solche in einer der nächsten Nummern. — Herr Dr. W. Hofmann in Pöthen: Wir rathen Ihnen, sich an die Expedition des „Vorwärts“ zu wenden und die Nummer zu kaufen; wir haben nicht Lust, für Sie den Kaufungen zu machen. — I. in Cottbus: Theilen Sie uns Ausführliches über die Wahlbeeinflussung unter Namensnennung und Preis mit. — Herr A. E. in Jechim: Da Sie bei der Post bestellt haben, so können wir Ihrem Wunsch nicht willfahren. Bestellen Sie bei der Post ab. — J. Th. Hbg.: Die „N. B.“ wird gelegentlich ein derartiges Bild bringen. bitten um Ihre Adresse pr. Postkarte.
der Expedition. C. S. W.: Die Annonce kostet M. 5,40.

London, 20. Juli. Die heutige Versammlung der II. Section des Comm. Arb.-Bild.-Vereins beschließt die Wiederaufnahme des Genossen Schuhmacher Müller, der laut „Vorwärts“ Nr. 64 vom 2. Juni als ungesetzlich signalisiert wurde, in Erwägung, daß dessen Ausstoßung eine ungerechtfertigte war. J. A.: W. Schwarzenberg, bezittiger Schriftführer.

Reinen Freunden und Genossen in Wiesbaden zur Nachricht, daß ich hier selbst gesund angekommen und von hiesigen Genossen auf's herzlichste empfangen worden bin.
London, 25. Juli 1878.

W. Lambert, Kaiser.

Warnung.

Der bekannte Polizeispion und Redacteur des hiesigen „Londoner Journals“, Dr. Fuch, treibt sich gegenwärtig in Deutschland herum und hält sich in Berlin auf um an der Wahlbewegung gegen die Sozialisten theilzunehmen. Er ist kenntlich durch sein braunweidenartiges Gesicht und eisengraue Haare. Näheres folgt. Ehrhardt.

Partei- und Gefinnungsgenossen, welchen der jetzige Aufenthalt des David Barreis, Eisenbrecher aus Schw.-Hall bekannt ist, werden gebeten ihre Adressen an Chr. Watz, hinter der Schmiedstraße in Reutlingen (Württemberg), einzufenden. (S. 260) [1,20]

Zur Beachtung!

Porzellan-Kaufleute und Händler in und außerhalb Deutschlands, welche sich zur Sozialdemokratie bekennen oder ihr nicht feindlich gegenüberstehen, werden ersucht, ihre Adressen an die Expedition des „Vorwärts“ gelangen zu lassen, um mit einem Parteigenossen in Geschäfts-Verbindung zu treten. Näheres brieflich. Da [1,80]

Allgemeine Deutsche Associationsbuchdruckerei in Berlin (Eingetragene Genossenschaft).

Da die auf Sonntag den 21. d. M. einberufene ordentliche General-Versammlung polizeilich gestört wurde, so haben wir eine

Außerordentliche General-Versammlung

auf Sonntag, den 25. August d. J., Morgens 10 Uhr, einberufen und zwar in den

Geschäfts-Räumen der Association,

Berlin SO., Kaiser-Frang-Ordnader-Platz 8a, Hof 2 Treppen.

Tagesordnung:

1. Jahresabrechnung; Bericht des Vorstandes; Revisionsbericht des Aufsichtsraths und Nichtigsprechung der Jahresrechnung.
2. Festlegung der Dividende und Bestimmung über den Geschäftsgewinn.
3. Feststellung eines Etats für das neue Geschäftsjahr.
4. Anträge des Vorstandes, betreffend Aenderung der Statuten:
a) § 21 hinter den Worten: „nicht restirt und“ einzuschalten: mindestens 6 Monate Mitglied ist, dagegen den Satz vom Worte „bereits“ bis zum nächsten Komma hinter dem Worte „hat“ zu streichen.
b) § 12. Die Frist zur Aufstellung der Jahresrechnung um 4 Wochen zu verlängern.
c) Aenderung des § 29 bezüglich der Publikationsorgane.
5. Antrag des Vorstandes: Die Generalversammlung möge demselben Vollmacht ertheilen, das Geschäft unter günstigen Umständen verkaufen zu dürfen.
6. Wahl des Vorstandes.
7. Wahl des Aufsichtsraths.

Hamburg, den 6. August 1878.

Der Aufsichtsrath. Im Auftrage: August Geib. [9,60]

Leipzig, Freitag, den 9. August, Abends 1/2 9 Uhr, im Restaurant „Volkene“:

Wählerversammlung.

Tagesordnung: Bericht über die Reichstagswahlen. Bekanntgabe der Stichwahlresultate. Entree 10 Pf. Der Clubanführer.

Zur Beachtung.

Die uns zahlreich zugehenden Berichte von Wahlbeeinflussungen u. s. w. veranlassen uns, alle diejenigen, welche derartige Fälle zur Anzeige bringen können, aufzufordern, solches unverzüglich zu thun. Sollte Jemand dadurch geschädigt werden, so werden wir für zeitweilige Unterstützung Sorge tragen. Wir müssen mit aller Energie derartigen Ungeheuerlichkeiten zu Leibe gehen. Thatfachen mit Namensangabe u. s. w. sind entweder an Chr. Hadlich oder Carl Kleinig, Färberstraße 12II, Leipzig, oder auch an sonstige bekannte Adressen zu richten. Untersuchung erfolgt ungesäumt.

Wer noch Forderungen an uns hat, wolle solche bei B. Ecklein, Weststraße 37, bis spätestens 15. August einreichen.

Wir ersuchen zu den Stichwahlen und für obigen Zweck ungesäumt Sammlungen vorzunehmen und die noch ausstehenden Listen sofort an unsern oben genannten Cassirer einzufenden.

Leipzig, 6. August 1878.

Das sozial. Wahlcomité für den 10., 11., 12. u. 14. Wahlkreis.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Künzel in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstr. 12. II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Der famose Rülkener „Vogel“ ist gemeint, der sich aus einem Sozialdemokraten (der er natürlich nie war) zu einem Bourgeois-Berchere „Vogel“ hat, und während der letzten Wahlkampagne für das Weib der „Leviten“ im 19. Wahlbezirk herumreiste, jedoch überall abbligte.